



In der **24. Sitzung** des **Tiroler Landtages**
der XVIII. Gesetzgebungsperiode behandelten wir...

82 Tagesordnungspunkte 

22 Dringlichkeits-Anträge 

85 Anfragebeantwortungen 

80 Schriftliche Anfragen 



Aktuelle Stunde

zum Thema „Budget nachhaltig sanieren und Menschenwürde erhalten: Keinen Kahlschlag bei Sozialvereinen!“ (NEOS)



Mündliche Anfrage

...an LH Mattle betreffend Gemeinde-investitionsfonds (VP Tirol)
...an LH Mattle betreffend endlich „klar Schiff“ auf dem
finanziellen Flaggschiff Tirol. (FPÖ Tirol)





Übersicht



Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde | „Budget nachhaltig sanieren und Menschenwürde erhalten: Keinen Kahlschlag bei Sozialvereinen!“ (NEOS)

Regierungsmitglieder & Abgeordnete

LH Anton Mattle & LTVP Dominik Mainusch | Gemeindeinvestitionsfonds
Land Tirol stärkt Gemeinden als regionaler Wertschäftungsmotor

LRⁱⁿ Cornelia Hagele & LA Florian Riedl | Novelle Kinderbildungs- und
Kinderbetreuungsgesetz
Leuchtturmprojekt der Landesregierung wird vorangetrieben

KO Jakob Wolf | Günstigster Strompreis dank Landesenergieversorger
Die TIWAG hält den Strompreis dauerhaft niedrig und investiert gleichzeitig in die Zukunft

LA Michael Jäger | Tiroler Naturschutzfonds
Wiedereinführung des Tiroler Naturschutzfonds ist Bekenntnis zu Verantwortung und
Verlässlichkeit

LA Zangerl-Walser | Tirol ist und bleibt sozial verlässlich

KO Jakob Wolf | Tirol setzt klares Zeichen gegen den Österreich-Aufschlag





Aktuelle Stunde | LA Sebastian Kolland „Sozial handelt, wer die Struktur finanzierbar hält“



„Tirol steht zu seiner sozialen Verantwortung. Niemand wird im Stich gelassen. Aber wer soziale Sicherheit dauerhaft garantieren will, muss sie auch finanzierbar halten.“

Eine emotionale Debatte im Rahmen der Aktuellen Stunde führte der Tiroler Landtag in seiner Oktober-Sitzung.

VP Tirol Landtagsabgeordneter Sebastian Kolland betonte, dass es in Zeiten angespannter Haushalte auch darum geht, mit nachhaltigen Entscheidungen für die Zukunft vorzusorgen und unseren Wohlstand langfristig abzusichern. „Wir müssen ehrlich sein: Die Ausgabendynamik der letzten Jahre, vor allem im Sozialbereich, ist auf Dauer nicht haltbar. Das gilt nicht nur für das Land, sondern auch für die Gemeinden, die hier 35% mitfinanzieren.“

Besonders im Sozialbereich hat es in den vergangenen Jahren enorme Steigerungen auf der Ausgabenseite gegeben:

- In der Pflege von 331 Mio. Euro (2019) auf 466 Mio. Euro (2024) – plus 40 %.
- In der Behindertenhilfe von 189 Mio. Euro auf 284 Mio. Euro – plus 50 %.
- In der Kinder- und Jugendhilfe von 54 Mio. Euro auf 99 Mio. Euro – plus 82 %.

„Diese Zahlen zeigen klar: Tirol steht zu seiner sozialen Verantwortung. Niemand wird im Stich gelassen. Aber wer soziale Sicherheit dauerhaft garantieren will, muss sie auch finanzierbar halten“, so Kolland weiter. Er widerspricht auch der Opposition heute deutlich: „Von einer Kürzung der Sozialausgaben um 15 Prozent war nie die Rede. Das ist schlicht falsch.“ Die geplanten Einsparungen betreffen ausschließlich den **Ermessensbereich** – also dort, wo die Ausgaben nicht gesetzlich gebunden sind, etwa bei Förderungen. „Gesetzliche Leistungen, wie in der Pflege oder Behindertenhilfe, bleiben selbstverständlich unberührt. Wer anderes behauptet, streut bewusst falsche Informationen“, so Kolland erbost.





Der Prozess zur Budgeterstellung läuft gerade, der Landtag wird im Dezember das Doppelbudget für 26/27 beschließen. Im Vorfeld wird jedes Budgetkapitel geprüft, werden Förderungen durchforstet und mit dem Ziel, den Mitteleinsatz möglichst effizient zu gestalten. Abschließend betont der VP Abgeordnete: „Wir werden Tirol nicht kaputtsparen, aber wir werden Tirol auch nicht kaputtausgeben. Wir schützen unsere sozialen Strukturen, indem wir dafür sorgen, dass sie auch in Zukunft finanzierbar bleiben. Denn wir können auf Dauer nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das ist verantwortungsvolle Politik.“

LH Anton Mattle | Gemeindeinvestitionsfonds

Land Tirol stärkt Gemeinden als regionaler Wertschäftungsmotor



„Die Tiroler Landesregierung steht hinter den Tiroler Gemeinden. In herausfordernden Zeiten ist es notwendig, innovative und intelligente Lösungen zu suchen, um Investitionen in den Gemeinden zu unterstützen“

Die Tiroler Landesregierung steht hinter den Tiroler Gemeinden! Im Zuge der Fragestunde hat **Finanzreferent und Landeshauptmann Anton Mattle** im Landtag den neuen Tiroler Gemeinde-Investitionsfonds präsentiert. In den Jahren 2026 und 2027 stehen Tirols Gemeinden jährlich 100 Millionen Euro an zinsgünstigen Darlehen für Investitionen in Bildung, Gesundheit, Pflege, Sicherheit und Daseinsvorsorge zur Verfügung.

So schaffen wir Spielraum für wichtige Projekte, von Kindergärten über Pflegeheime bis zu Feuerwehrhäusern, und verhindern Investitionsstaus. Der Fonds ist kein Befreiungsschlag für alle Gemeinden, aber eine wichtige Unterstützung für jene, die die Kraft für Investitionen aufbringen können.





„Der Gemeindeinvestitionsfonds ist ein wichtiges, zusätzliches Finanzierungsinstrument für die Tiroler Gemeinden. In herausfordernden Zeiten ist es notwendig, innovative und intelligente Lösungen zu suchen, um Investitionen in den Gemeinden zu unterstützen. Mit dem Gemeinde-Investitionsfonds geben wir investitionsbereiten Kommunen einen finanziellen Spielraum, um Investitionen durchzuziehen. Der Fonds ist kein Befreiungsschlag für alle Gemeinden, aber eine wichtige Unterstützung für jene, die die Kraft für Investitionen aufbringen können.“, so Landeshauptmann Mattle.

„Das Land Tirol ist und bleibt ein verlässlicher Partner unserer Gemeinden. Und unsere Gemeinden bleiben ein verlässlicher Konjunkturmotor Tirols“



„Das Land Tirol ist und bleibt ein verlässlicher Partner unserer Gemeinden“, betont VP Tirol Gemeindesprecher Dominik Mainusch bei der heutigen Landtagssitzung.

Mit dem neuen **Tiroler Gemeindeinvestitionsfonds** schafft Landeshauptmann Anton Mattle die Basis, damit Gemeinden weiter investieren können, in Schulen, Kinderbetreuung, Krankenhäuser und Infrastruktur. *„Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist es ungemein wichtig, dass Gemeinden weiterhin investieren. Sie sichern damit Arbeitsplätze direkt in der Region und beleben die lokale Wirtschaft“*, so Mainusch. Über den Gemeindeinvestitionsfonds können die Kommunen kostengünstige Darlehen im Wert von insgesamt **200 Millionen Euro** für die Jahre 2026 und 2027 aufnehmen – mit **Fixzinssatz von 1 %**, **Laufzeiten bis zu 30 Jahren** und **tilgungsfreier Zeit bis 2028**.

„Das ist kein Freibrief für unbegrenzte Ausgaben, sondern ein gezieltes Instrument, um Zukunftsprojekte anzuschieben. Damit bleiben unsere Gemeinden der verlässliche Konjunkturmotor Tirols“, so Mainusch weiter. Vom Arlberg bis nach Lienz sind in den Gemeinden derzeit viele Projekte in der Pipeline, angesichts hoher Zinssätze gab es allerdings bisher mancherorts Probleme mit der Ausfinanzierung.





„Über den Gemeindeinvestitionsfonds werden nun ganz gezielt die öffentlichen Haushalte dabei unterstützt, mehr zu leisten. Und damit schließt sich der Kreis. Denn wenn die lokale Wirtschaft profitiert, wenn vor Ort investiert wird, fließen auch wieder entsprechend höhere Kommunalsteuereinnahmen in die Gemeindekassen“, erklärt Mainusch abschließend.

LRⁱⁿ Cornelia Hagele | **Novelle Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz**
Leuchtturmprojekt der Landesregierung wird vorangetrieben



„Die Tiroler Landesregierung unternimmt alles, um unser Leuchtturmprojekt im Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung voranzutreiben – jedes Kind ab dem zweiten Geburtstag soll einen Platz bekommen, wenn es einen braucht.“

Mit den Stimmen der Regierungsparteien plus jenen der Liste Fritz ist im Tiroler Landtag soeben die Novelle zum TTKG beschlossen worden. **Bildungslandsrätin Cornelia Hagele** steht voll hinter dem Ausbau der Kinderbetreuung: *„Die Tiroler Landesregierung unternimmt alles, um unser **Leuchtturmprojekt** im Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung voranzutreiben. Mit der Novelle zum Tiroler Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz schaffen wir das Recht auf Vermittlung eines Kinderbildungs- und Betreuungsplatzes für alle Kinder ab dem zweiten Geburtstag, und setzen damit einen wichtigen Schritt für **gute Betreuung, beste Bildung und echte Wahlfreiheit**. Pünktlich mit dem Betreuungsjahr 2026/2027 wird dieses Recht tirolweit ausgerollt, und die Vermittlung bringt eine spürbare Verbesserung für Tiroler Familien. Jedes Kind ab dem zweiten Geburtstag soll einen Platz bekommen, wenn es einen braucht.“*





„Die Tiroler Landesregierung schafft Planungssicherheit für Familien und entlastet die Gemeinden – denn Eltern brauchen Verlässlichkeit, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie & Beruf geht“

Mit einem empfohlenen, **tirolweit einheitlichen, leistbaren Beitrag** von den Eltern, um die **qualitativ hochwertige Kinderbetreuung direkt in der Region** nachhaltig abzusichern wird das Projekt von den Pilotregionen auf das ganze Land ausgeweitet. **VP Tirol Familiensprecher Florian Riedl** betont in diesem Zusammenhang abermals, wie wichtig der Ausbau der **Personalkostenförderung** für die Gemeinden ist.

*„Die Tiroler Landesregierung schafft Planungssicherheit für Familien und entlastet die Gemeinden. Mit einem klaren Fahrplan bis 2026/27 können sich Familien in allen Regionen Tirols darauf verlassen, dass künftig bei Bedarf jedes Kind ab dem zweiten Geburtstag einen Betreuungsplatz vermittelt bekommt. Denn: Eltern brauchen Verlässlichkeit, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Gerade junge Familien sollen eine **echte Wahlfreiheit** haben, ohne dass die Kosten zur Belastung werden.“*

KO Jakob Wolf | Günstigster Strompreis dank Landesenergieversorger

Die TIWAG hält den Strompreis dauerhaft niedrig und investiert gleichzeitig in die Zukunft

Mit dem **günstigsten Strompreis** aller Landesenergieversorger profitieren die Tirolerinnen und Tiroler tagtäglich vom Landesenergieversorger TIWAG, betont der **Klubobmann der Tiroler Volkspartei, Jakob Wolf**. Im Tiroler Landtag kritisiert er die Nebelgranaten der Freiheitlichen unter Markus Abwerzger. „In der FPÖ-geführten Steiermark ist der Strompreis doppelt so hoch, die Dividende an das Land aber um ein Drittel niedriger als in Tirol. Der Tiroler Weg mit dem **günstigsten Strompreis aller Landesenergieversorger ist der Richtige**“, nimmt Wolf die Opposition in die Pflicht. Die TIWAG halte Tirols Strompreis dauerhaft niedrig und investiere gleichzeitig in die Zukunft.





„Oberste Priorität bleibt die kostengünstige Lieferung mit Energie. Dann braucht es Investitionen in die Energiewende und die Unabhängigkeit unseres Landes. Dann kommt die Dividende, die im kommenden Jahr höher sein wird als dieses Jahr. Sie kommt allen Tirolerinnen und Tirolern und nicht nur TIWAG-Kunden zugute: Denn damit investieren wir in Gesundheit, Bildung und das soziale Auffangnetz“, so der Klubobmann weiter. „Die Opposition zeichnet in dieser Landtagssitzung wieder ein Märchenschloss. Die Forderungen der Opposition zusammenrechnet ergeben eine Wunschliste 700 Mio. Euro, welche die TIWAG überweisen soll. Die TIWAG hat aber ‚nur‘ die Hälfte davon verdient. Eine Dividende darf niemals den günstigen Strompreis oder die Investitionen in die Energiewende gefährden“, stellt KO Wolf klar.

*„Der Tiroler Weg mit dem günstigsten
Strompreis aller Landesenergieversorger
ist der Richtige“*



Der Landesenergieversorger ist unter anderem der größten öffentlichen Investoren in Tirols Unabhängigkeit: Für 2025 sind bereits über 520 Millionen Euro für die Energiewende geplant. Bis 2029 werden 2,4 Milliarden Euro investiert – davon 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau der Wasserkraft, 700 Millionen Euro in das Stromnetz und 200 Millionen Euro in neue Energiesysteme, Mobilität und Wärme. Der günstige Strompreis, das Milliardeninvestitionsprogramm der TIWAG und eine Dividende für Gesundheit, Bildung und Soziales sind dem Klubobmann lieber, als ein Geldverteilen nach Gießkannenprinzip. *„Wir sind dagegen, dass man wie beim Klimabonus einfach Geld versteilt und am Ende vielleicht noch auf einem Schuldenberg sitzen bleibt, wie das unter Leonore Gewessler der Fall war. Ein Gießkannenprinzip wird es mit uns nicht geben, auch wenn die FPÖ das noch so stark versucht. Ich möchte nicht, dass wie einst Jörg Haider in Kärnten, Bargeld an die Bevölkerung verteilt wird. Stattdessen ist wichtig, dass das öffentliche Geld für Krankenhäuser, Primärversorgungszentren und Kindergärten eingesetzt wird.“* Auch der Rechnungshof hat sich in seinem Bericht zu den Anti-Teuerungsmaßnahmen gegen das Gießkannenprinzip ausgesprochen.





LA Michael Jäger | Tiroler Naturschutzfonds

Wiedereinführung des Tiroler Naturschutzfonds ist Bekenntnis zu Verantwortung und Verlässlichkeit

„Die einzigartige Tiroler Bergwelt ist Naturschauplatz und Erholungsoase zugleich. Wir leben von unserer Natur, und deshalb haben wir auch die Verantwortung sie zu schützen“, betont **VP Tirol Naturschutzsprecher Michael Jäger**. Die heute Nachmittag im Tiroler Landtag beschlossene Wiedereinführung des **Tiroler Naturschutzfonds** ist für ihn daher „*ein richtiger, wichtiger und notwendiger Schritt*“. Mit dem Fonds schafft das Land Tirol die nötige **Planungssicherheit** für Gemeinden, Vereine und Projekte, die sich langfristig für den Schutz von Landschaft, Artenvielfalt und Lebensräumen einsetzen. „Der Naturschutzfonds ist kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Ordnung, Transparenz und Vertrauen schafft. Jeder Euro aus Naturschutzabgaben bleibt künftig zweckgebunden im Naturschutz. Damit wird gewährleistet, dass Mittel langfristig für Projekte zur Pflege von Mooren, zur Wiederherstellung von Flussläufen oder zur Erhaltung der Artenvielfalt eingesetzt werden können“, erklärt Jäger.



„Wir leben von unserer Natur und deshalb haben wir auch die Verantwortung sie zu schützen“

Der Unterländer Abgeordnete unterstreicht, dass Tirol damit eine wichtige Lehre aus der Verwaltungsreform 2017 zieht: „Damals war das Ziel, Abläufe zu vereinfachen und Fördermittel direkt über das Landesbudget zu steuern. Die Praxis hat aber gezeigt: Ohne eigenen Fonds fehlt Verlässlichkeit. Gerade im Naturschutz, wo Projekte über viele Jahre laufen, braucht es stabile Strukturen.“ Für Jäger steht jedoch fest, dass der Fonds weder ein Freibrief noch ein „Freikaufen“ ist: „Wer in die Natur eingreift, muss auch seinen Beitrag leisten. Und ebendieser fließt künftig wieder ganz gezielt in den Schutz der Natur zurück. Das ist viel **gerechter, transparenter und ehrlicher** als bisher.“ Naturschutz und wirtschaftliche Entwicklung schließen einander nicht aus.





*„Gesunde Böden sichern die Landwirtschaft, **intakte Wälder** schützen vor Lawinen und Muren, eine **vielfältige Landschaft** ist Basis für Tourismus und Lebensqualität. Der Fonds sorgt dafür, dass diese Interessen in Balance bleiben – mit klaren Regeln und fairen Ausgleichsmechanismen. Wir bekennen uns zu einem modernen, verantwortungsvollen Tiroler Weg im Naturschutz. Aus Respekt vor unserer Heimat und im Bewusstsein, dass echter Naturschutz nicht von Verboten lebt, sondern von Verantwortung“, so Jäger abschließend.*

LA Iris Zangerl-Walser | Tirol ist und bleibt sozial verlässlich

*„Die Opposition versucht, aus einer verantwortungsvollen Budgetpolitik einen Skandal zu basteln, das ist durchschaubar und unfair gegenüber all denjenigen, die sich tagtäglich engagieren und aufopfernd in der Behindertenhilfe arbeiten. Fakt ist: Die Landesregierung erhöht die Tarife, stärkt damit die Einrichtungen und sorgt für Stabilität. Das ist gelebte Verantwortung“, stellt **VP-Tirol Sozialsprecherin Iris Zangerl-Walser** klar. Die Tiroler Volkspartei steht zum Grundsatz ‚Sparen im System, aber nicht bei den Menschen‘. „Genau darum geht es. Jeder Euro Steuergeld soll möglichst effizient eingesetzt werden. Denn wichtig ist gerade im Bereich der Behindertenhilfe, dass die Unterstützung dort ankommt, wo sie gebraucht wird, und zwar bei den Menschen mit Behinderung und ihren Familien. Das ist verantwortungsvolle Finanzpolitik.“*

*„Die Landesregierung erhöht die Tarife,
stärkt damit die Einrichtungen und sorgt
für Stabilität“*



Die Kritik von Seiten der FPÖ, Grünen und NEOS weist Zangerl-Walser entschieden zurück: *„Während andere populistisch schreien, handelt die Regierung. Die FPÖ betreibt reine Empörungspolitik, die Grünen schwanken zwischen Panik und Polemik, und die NEOS übersehen, dass die Tarife in Tirol bereits über dem Österreichschnitt liegen.“* Zangerl-Walser verweist hier auf die klare Fakten- und Datenlage: das Budget für die Behindertenhilfe ist etwa in den letzten fünf Jahren (von 2019 bis 2024) um mehr als 50% gestiegen, auf insgesamt 284 Millionen Euro.





Auch bei der Pflege sind die Ausgaben in diesen fünf Jahren um 40% (auf 466 Millionen Euro) angestiegen. Und das Budget für die Kinder- und Jugendhilfe in Tirol ist in diesem Zeitraum sogar um ganze 82% gestiegen, auf 99 Millionen Euro.

Dass man derartige Zuwächse auf Dauer nicht halten könne, werde dem interessierten Beobachter auf den ersten Blick klar, so Zangerl-Walser. *„Die Tiroler Volkspartei steht fest an der Seite der Betroffenen und der Einrichtungen. Aber nur wenn wir für einen effizienten Mitteleinsatz bei den sozialen Strukturen in unserem Land sorgen, bleiben sie auch in Zukunft noch finanzierbar. Und nur so gibt es die notwendige Planungssicherheit. Das ist der Unterschied zwischen Oppositionsrhetorik und echter Regierungsarbeit.“*

KO Jakob Wolf | Tirol setzt klares Zeichen gegen den Österreich-Aufschlag

*„Der Tiroler Landtag hat gestern ein wichtiges Signal gesetzt: Wir stehen hinter dem Einsatz der Bundesregierung und unseres Landeshauptmannes Anton Mattle für **faire Preise in Europa**“, betont **VP Tirol Klubobmann Jakob Wolf**. Bereits im Vorfeld hatte LH Anton Mattle angekündigt, auch in der LH Konferenz einen entsprechenden Antrag einzubringen. Der VP Klubobmann signalisiert in der Oktober-Landtagssitzung prinzipielle Unterstützung für den Dringlichkeitsantrag der FPÖ, zweifelt allerdings am Nutzen des Wiedereinsetzens der Paritätischen Kommission. „Österreich muss und wird sich in der EU gegen diesen Österreich-Aufschlag wehren, denn kleine Länder dürfen hier nicht benachteiligt werden. Deshalb bin ich froh, dass die Bundesregierung von Kanzler Stocker abwärts bereits angekündigt hat, sich auf europäischer Ebene im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten einzusetzen“, so Wolf weiter.*

*„Das Ziel ist klar: faire Preise, gleiche Regeln
und ein Ende des Österreich-Aufschlags“*





Dem AAB-Tirol Landesobmann geht es hierbei vor allem auch um **Gerechtigkeit**. „*Es darf nicht sein, dass Menschen in Scharnitz oder Reutte mehr für dieselben Produkte zahlen müssen als Kundinnen und Kunden ein paar Kilometer weiter in Mittenwald oder Füssen. Diese **Preisunterschiede sind absolut nicht gerechtfertigt**.*“ Laut Bundeswettbewerbsbehörde zahlen Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich rund acht Prozent mehr für Lebensmittel. „*Das **widerspricht der europäischen Warenverkehrsfreiheit** und benachteiligt kleine Länder wie Österreich. Das Ziel ist klar: faire Preise, gleiche Regeln und ein Ende des Österreich-Aufschlags*“, so Wolf abschließend.

